

Auf der Suche nach "Patentrezepten" gegen die Zunahme psychischer Erkrankungen

Die Gesundheitspolitik muss die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe fördern statt sie gegeneinander auszuspielen!

Angesichts der medialen Diskussion der letzten Tage fordert die Gesellschaft kritischer Psychologen und Psychologinnen (GkPP) zu einer sachgerechten, multiprofessionellen Zusammenarbeit der gesetzlich geregelten Gesundheitsberufe auf, in deren Mittelpunkt die von seelischem Leiden betroffenen Menschen und nicht die verschiedenen berufsständischen Interessen stehen müssen. Leider wird die aktuelle gesundheitspolitische Debatte vor allem als Verteilungskampf zwischen (scheinbar?) konkurrierenden berufsständischen Interessensgruppen und nicht als Diskussion zur Optimierung der Versorgung im Fragen der psychischen Gesundheit geführt.

Grundsätzlich ist Bundesminister Stöger zuzustimmen, wenn er meint, dass in Österreich verstärkt in Prävention investiert werden muss. Aus dem OECD Bericht 2009 geht hervor, dass Österreich nur 1,9 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben für Präventionsprogramme ausgibt, womit es deutlich unter dem OECD-Mittel mit 3 Prozent liegt.

Prävention und Behandlung dürfen aber nicht als sich ausschließende Alternativen betrachtet oder gar miteinander verwechselt werden! Die zunehmende Komplexität individueller Problemlagen (das zuletzt vieldiskutierte Phänomen 'Burnout' ist nur eines davon) erfordert eine ebenso komplexe Zugangsweise, die nur durch das fachkompetente Zusammenwirken der gesetzlich geregelten Gesundheitsberufe (insbesondere ÄrztInnen, PsychologInnen und PsychotherapeutInnen) adäquat erreicht werden kann.

PsychologInnen bringen ihre wissenschaftlich fundierten Kompetenzen im Bereich der Prävention als Gesundheits-, Arbeits- und OrganisationspsychologInnen ein und sind im Bereich der Behandlung als Klinische PsychologInnen in der stationären Versorgung

unverzichtbarer Bestandteil multiprofessioneller Behandlungsteams. Anders verhält es sich im Bereich der niedergelassenen Versorgung: Hier müssen die Kosten klinisch-psychologischer Behandlung zur Gänze privat finanziert werden. Die Studie der GÖG/ ÖBIG (2009) zur Versorgung der Bevölkerung mit Psychotherapie und Psychopharmaka belegt, dass die Sozialversicherungsträger zwar insgesamt mehr Geld für psychisch erkrankte Personen ausgeben, dieses Wachstum aber keinesfalls bedarfsorientiert stattfindet, vielmehr muss man von einem „Wildwuchs“ sprechen. Systematisierung, Vernetzung und Qualitätssicherung sind die Schlagworte unter denen die Entwicklung im kurativen Sektor stattfinden muss – die Beiträge der Klinischen Psychologie in Diagnostik und Behandlung müssen dabei angemessene Berücksichtigung erfahren.

Die individuelle Situation des leidenden Menschen erfordert maßgeschneiderte Versorgungsmöglichkeiten, und dazu müssen - auch unter Berücksichtigung gesundheitsökonomischer Gesichtspunkte – alle Berufsgruppen im Zusammenwirken ihren Beitrag leisten, mehr noch, ihre Leistungen müssen einander kompetent ergänzen. Vereinfachende Statements und plakative Forderungen, wie zuletzt in der Debatte zu vernehmen, bieten keinerlei sachgerechte Antworten auf die komplexen Problemstellungen der Versorgung im Bereich der psychischen Gesundheit.

Insofern sehen wir für den Gesundheitsminister sehr wohl akuten Handlungsbedarf: es ist seine Aufgabe, zu einem Dialog der Berufsgruppen einzuladen und diesen zu moderieren.

Mag.^a Doris Bener, Dr.ⁱⁿ Reinhilde Trinks

(Fachabteilung Klinische und Gesundheits-Psychologie der GkPP)

Mag.^a Andrea Birbaumer (Obfrau der GkPP; Fachabteilung Arbeitspsychologie der GkPP)

Rückfragehinweise:

trinks@gkpp.at , 0676/6350856

birbaumer@gkpp.at, 0676/6350346